Zukunftsprobleme einer Stadt : Beispiel Winterthur

Autor(en): **Gerteis, Martel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **64 (1972)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354544

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zukunftsprobleme einer Stadt — Beispiel: Winterthur

Martel Gerteis

Vor 50 Jahren kam es in Winterthur zur Stadtvereinigung, d. h. die mit der Stadt Winterthur zusammenhängenden Vororte wurden eingemeindet. An der Jubiläumsfeier vom 10. Januar 1972 hielt Gemeinderatspräsident Martel Gerteis, Redaktor der «Winterthurer AZ», ein Referat über die Zukunftsprobleme der Stadt Winterthur. Die Ausführungen von Martel Gerteis waren ganz allgemein den Wachstums- und Zukunftsproblemen einer grösseren Schweizer Stadt gewidmet. Vieles, was auf Winterthur bezogen ist, dürfte auch für andere Städte gleicher Grössenordnung gültig sein.

Redaktion «Gewerkschaftliche Rundschau»

Wenn wir einige Statistiken über die Entwicklung der Stadt Winterthur seit dem Jahre 1920 untersuchen, lassen sich amüsante Zahlenvergleiche anstellen. Verlängert man dann die bisherigen Entwicklungskurven in die Zukunft, ergeben sich interessante Anhaltspunkte. Solche Prognosenzahlen bewahren uns vor dem Irrglauben, nach Ueberwindung der momentanen Schwierigkeiten würden wir es dann später eines Tages wieder gemächlicher haben. Die eigentlichen politischen Probleme ergeben sich aber nicht durch das normale Wachstum, das sich in einigermassen gleichmässigen Zuwachsraten ausdrücken lässt.

Zuwachsraten

Vielmehr ergeben sich die Hauptprobleme aus den unterschiedlichen Zuwachsraten der einzelnen Teilentwicklungen, aus den proportionalen Veränderungen im Gesamtgefüge. Man spricht dann von Strukturwandlungen. Nehmen wir zum Beispiel die Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungszunahme verlangsamt sich. Die neuesten Schätzungen lauten, dass die schweizerische Bevölkerung bis zum Jahre 2000 auf etwa 7,5 Mio anwachsen wird. Professor Kneschaurek schätzt, dass zu diesem Zeitpunkt, auch bei Aufrechterhaltung der Zuzugs-Restriktionen für ausländische Arbeitskräfte von diesen 7,5 Mio Einwohnern rund 1 Mio Ausländer sein wird, Arbeitskräfte und Familienangehörige. Nun, das ist zwar eine interessante Zahl. Aber das eigentliche Problem liegt nicht beim absoluten Bevölkerungszuwachs, sondern in den starken Veränderungen des Bevölkerungsaufbaus.

Strukturwandlungen schaffen Probleme

Oder betrachten wir über die Jahre hinweg die Zunahme der städtischen Ausgaben. Wenn wir die Zunahmekurven mit den bisherigen Zuwachsraten in die Zukunft verlängern, werden uns die geschätzten Zahlen je nach Temperament erschrecken, befriedigen oder in

Panik ausbrechen lassen. Aber auch hier sagen die absoluten Zahlen und einzelnen Zuwachsraten im Grunde genommen nicht sehr viel aus. Viel wesentlicher ist es, wenn wir die prozentualen Anteile der einzelnen Sachgebiete miteinander vergleichen. Von den 90 Mio Fr., die uns heute pro Jahr zur Verfügung stehen, geben wir 28 Prozent für die Schule aus, 21 Prozent für die eigentliche Verwaltung, inklusive Polizei und Gesundheitsdienst, 11,5 Prozent für Soziales, 9,5 Prozent für das ordentliche Bauwesen, 10 Prozent für den Zinsendienst, 3,5 Prozent für Kulturelles, während die restlichen 16 Prozent für die Schuldentilgung im ausserordentlichen Verkehr bereitgestellt werden. Wie haben sich diese prozentualen Anteile im Laufe der Zeit entwickelt, und wie werden sie sich in Zukunft entwickeln? Oder müssen wir gar durch politische Entscheide gewollt einzelne Kuchenstücke auf Kosten anderer vergrössern? Werden wir zum Beispiel für die Schule mehr als 28 Prozent aufwenden müssen? Können wir bei den Sozialaufwendungen den Anteil verkleinern, wenn die Entwicklung von der Fürsorge zur Sozialversicherung weitergeht? Können wir den Anteil des Verwaltungsaufwandes verkleinern durch Einführung eines elektronischen Datenverarbeitungssystems?

Verstädterung

Hauptmerkmale der Strukturwandlung im Bevölkerungsaufbau sind die Verstädterung, d. h. die Zusammenballung der Bevölkerung in geographischen Zentren; die rasch anwachsende Ueberalterung und die Vergrösserung der sozialen Sicherheit der Menschen. Daraus ergeben sich wichtige Konsequenzen in einer Veränderung der Lebensgewohnheiten. Vor 50 Jahren gab es in der Schweiz 31 Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern. 1970 aber hatte sich die Zahl der Städte auf 92 verdreifacht. Eine der Konsequenzen ist die Einführung von Gemeindeparlamenten in verschiedenen zürcherischen Gemeinden. Auf der anderen Seite ist eine Art Entvölkerung der Landschaft im Gange. In den betrachteten 50 Jahren hat sich auch die Zahl der schweizerischen Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern verdoppelt. Eine Folge dieser Entwicklung ist zum Beispiel die Notwendigkeit, Zwergschulen zusammenzulegen.

Geringer Geburtenüberschuss in den Städten

Wir machen eine weitere interessante Feststellung: Städte wachsen durch Zuzug, nicht durch Geburtenüberschuss. Als die Stadt Winterthur vor 50 Jahren vereinigt wurde, waren 27,6 Prozent der schweizerischen Bevölkerung als Städter anzusprechen, – heute sind es 45,3 Prozent, also fast die Hälfte. Diese Städte wachsen hauptsächlich durch Zuzug. Je grösser eine Stadt ist, um so kleiner ist der

Geburtenüberschuss. In 48 Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 10 000 und 20 000 liegt der Geburtenüberschuss über 7 Promille. In den fünf Städten mit über 100 000 Einwohnern ist er nur ein Zehntel so gross, nämlich 0,7 Promille. Eine Konsequenz für die Stadtgemeinden: Die Zahl der Gemeindebürger nimmt prozentual immer mehr ab, die Bürgergemeinden werden zum Museumsstück. Die sogenannten «Einheimischen» schrumpfen zu einer Minderheit zusammen. Die einstige «Heimatstadt» wird zum blossen «Wohnort».

Die Leute werden älter

Viele Stadtgemeinden wachsen zu einem Teil nur deshalb, weil ihre Bevölkerung wesentlich älter wird als noch vor 50 Jahren. Die Zahl der Totgeburten ist dank der Entwicklung der Medizin in den vergangenen 50 Jahren auf einen Drittel zurückgegangen, ebenso ist die Säuglingssterblichkeit rapid gesunken – sie beträgt in Winterthur weniger als 1 Prozent. Trotzdem ist die Zahl der einjährigen Kinder 1970 kleiner als 1920 – wenigstens, was die Schweizer anbelangt. 1920 gab es in der Schweiz 71 000 Lebendgeborene, 1970 waren es nur 69 000. Dagegen ist die Zahl der in der Schweiz geborenen Ausländerkinder im gleichen Zeitraum von 4400 auf 29 700 angewachsen. Sie hat sich versechsfacht. Während also der medizinische Fortschritt dazu führte, dass die Geburtenzahl zurückgeht, die aber einmal Geborenen dann auch am Leben bleiben, hatte der gleiche medizinische Fortschritt frappante Auswirkungen auf das Alter der Menschen.
Als Winterthur zur Grossstadt vereinigt wurde, starben 16 Prozent der Kinder vor Erreichen des 14. Lebensjahres. Heute sind es nur noch 4,4 Prozent. 1920 erreichten 28 Prozent der Männer ein Alter über 70 Jahre, heute sind es prozentual doppelt so viel. Mehr als die Hälfte aller Männer wird über 70 Jahre alt. Bei den Frauen ist der Unterschied ebenso krass. 1920 erreichten 36 Prozent aller Frauen ein Alter von über 70 Jahren – heute haben mehr als zwei Drittel, nämlich 68,4 Prozent aller Frauen die Chance, über 70 Jahre alt zu werden. Die Bevölkerung unserer Stadt wird älter und älter. Das hat zur Folge, dass wir ein grosses Programm für den Bau von Altersheimen, Alterswohnungen und Chronischkrankenheimen vor uns haben.

Der Anteil der aktiven Bevölkerung sinkt

Das hat nun zur Folge, dass der Anteil der aktiven, produzierenden Bevölkerung sinkt. Auf der anderen Seite geht der Nachwuchs länger zur Schule. Das obligatorische zehnte Schuljahr wird kommen. Die Berufslehren werden durch Weiterbildungskurse von wachsender Länge ergänzt. Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen

hat sich allein in den letzten zehn Jahren verdoppelt, von 21 000 auf 42 000. Prozentual weniger Menschen in den Werkstätten und Büros müssen für prozentual mehr Menschen mitverdienen, und sowohl die Jungen wie die Alten haben ebenfalls steigende Ansprüche an den Lebensstandard.

Der Leistungszwang verstärkt sich

Nun ist es zwar eine schöne Lebensphilosophie, wenn sich junge Leute sagen: «Wozu soll ich so viel krampfen und mich der Leistungsgesellschaft mit ihren Frustrationen unterwerfen. Wenn ich an das Leben nur die halben Ansprüche stelle, brauche ich auch nur halb so viel zu arbeiten.» Diese Philosophie ist aber zum mindesten sehr egoistisch, denn jeder Aktive produziert nicht nur für sich selbst, sondern auch für seine Familie, für die Kinder und für die Alten. Der Leistungszwang nimmt nicht ab sondern zu. Denn selbst wenn wir ab sofort jede Zunahme des Bruttosozialproduktes nicht mehr dem Konsum zuführen würden, sondern nur noch für den Ausbau der Schule und für einen sorgenfreien Lebensabend der Alten verwenden, muss die Produktivität weiter gesteigert werden können. Wir brauchen nämlich auch noch einen wachsenden Teil des durch die Wirtschaft produzierten Kuchens für den Umweltschutz.

Die Produktivität der Wirtschaft weiter fördern

Zum Glück ist es dank der beschleunigten Entwicklung von Forschung und Technik möglich, mit einem sinkenden Anteil an aktiver Bevölkerung diese Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Produktivitätszunahme kann man ablesen an der Zahl der verbrauchten Kilowattstunden und an der Computerdichte unseres Landes. In den vergangenen 20 Jahren hat sich der Kilowattstundenverbrauch in der Schweiz verdreifacht, und die Schweiz ist eines der computerdichtesten Länder der Welt. Die dauernde Zunahme der Produktivität in den vergangenen 50 Jahren hat es erlaubt, den Lebensstandard der Bevölkerung in erheblichem Ausmass zu steigern. 1939 betrug der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters 52 Rappen. Im Jahre 1970 waren es sieben mal mehr, nämlich Fr. 3.53, – allerdings zum Teil entwertet durch die Teuerung. Gleichzeitig konnte die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit erheblich gesenkt werden. Noch vor zehn Jahren waren erst 15,4 Prozent aller Betriebsarbeiter im Genusse einer Arbeitszeit von weniger als 46 Stunden. Vor zehn Jahren 15,4 Prozent, heute sind es 74,8 Prozent. Folgen: Die Bevölkerung hat ein steigendes Bedürfnis nach Möglichkeiten zur Freizeitbetätigung. Die Gemeinden haben Fitnessparcours, Sportplätze,

Stadthallen und Kunsteisbahnen zu bauen und Freizeitleiter einzustellen.

Von der Fürsorge zur Versicherung

Dank der gestiegenen Produktivität der Wirtschaft war es gleichzeitig möglich, von der blossen Armenfürsorge zur Versicherung mit Rechtsanspruch überzugehen. Der Steuerertrag von Bund, Kantonen und Gemeinden stieg seit 1950 von 3 Mia Fr. auf 16 Mia. Im Jahre 1960 wurden von der eidgenössischen AHV 720 Mio Fr. Renten ausbezahlt, 1970 konnten 3 Mia ausbezahlt werden, das ist viermal mehr in zehn Jahren. Wir können es uns leisten, diese Alterssicherung weiter auszubauen, ohne unsere Wirtschaft in wesentliche Schwierigkeiten zu bringen. Auch die Zahl der privaten Lebensversicherungspolicen ist gewaltig angestiegen. 1920 wurden 560 000 Lebensversicherungspolicen gemeldet. 1969 waren es 3 Mio, also fünf mal mehr, und erst noch mit weit höheren Versicherungssummen. Bei dieser ganzen Entwicklung ist das Kapital nicht schlecht gefahren. Die ausgezahlten Dividenden haben sich in den vergangenen 15 Jahren von 500 Mio auf rund 3 Mia Fr. pro Jahr verfünffacht.

Aenderung der Lebensgewohnheiten

Es ist ganz klar, dass diese Steigerung der sozialen Sicherheit auch bei den Gemeindeaufgaben sichtbar wurde. Der Anteil der Fürsorgeausgaben in der Stadt Winterthur ist gesunken. Die Armenpfleger haben immer weniger wirklich arme Familien zu betreuen. Dagegen steigen die Gemeindeaufgaben für die Betreuung alter Leute, von sogenannten Wohlstands-Verwahrlosten und von Drogensüchtigen. Vor allem aber haben sich die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung stark verändert. Die Zahl der Motorfahrzeuge hat sich seit 1928 verzwanzigfacht. Es ist wohl nicht extra darauf hinzuweisen, was dies den Gemeinden an neuen Aufgaben auferlegt hat. Denken wir aber auch daran, dass damals, bei der Stadtvereinigung, das Radio soeben erfunden worden war. 1970 besitzt jede Schweizerfamilie mindestens einen Radioempfänger. Allein die Zahl der bezahlten Konzessionen beziffert sich auf 1,4 Mio, wozu noch einige Schwarzhörer kommen dürften. Vor 17 Jahren wurde mit dem Fernsehen begonnen; heute werden 1,3 Mio bezahlte Konzessionen gemeldet. In Winterthur sollen heute 80 Prozent der Familien einen TV-Apparat besitzen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Gemeindeaufgaben sind eher indirekt. Aber denken wir etwa an die Aufgabe, Gemeinschaftsantennen zu finanzieren. Oder auch an die Auswirkungen des Fernsehens auf das Versammlungsleben, die politische Information der Bürger, die Besucherzahlen bei Theaterveranstaltungen.

Infrastruktur-Ausgaben der Gemeinde wachsen progressiv

Durch all diese Strukturwandlungen ist der Anteil der staatlichen und kommunalen Ausgaben am Bruttosozialprodukt stark gestiegen. Noch zur Zeit der Stadtvereinigung teilte man dem Staat und der Gemeinde eher eine Nachtwächterrolle zu. Heute haben Staat und Gemeinden gewaltige Inftrastruktur-Aufgaben zu erfüllen. Denken wir etwa an das Erziehungs- und Bildungswesen, den Verkehr, die Kommunikationen, die Energie- und Wasserwirtschaft, das Gesundheitswesen, die Kultur, den Sport, die Erholung, das Militär, die soziale Wohlfahrt. Die private Wirtschaft kann sich heute gar nicht mehr entwickeln, wenn der Staat bei diesen Infrastrukturaufgaben versagt. Ja, der Staat, für viele immer noch ein politischer Bölimann, tut immer noch zu wenig. Nach Prof. Kneschaurek müssen die staatlichen Ausgaben in Zukunft überproportional ansteigen, wenn eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft auf lange Sicht gewährleistet werden soll.
Professor Kneschaurek sagt: «Nimmt der Staat oder nehmen die Gemeinden diesen Ausbau der Infrastruktur verspätet oder nur zögernd an die Hand, kommt es in den späteren Phasen des Wachstums und Umstrukturierungsprozesses zu einer Aufhäufung von Neubedarf und Nachholbedarf und damit zu einer explosiven Ausweitung der Staatsausgaben. Eine Politik der Zurückdämmung und zeitlichen Hinausschiebung von notwendigen Infrastrukturausgaben ist um so gefährlicher, als sich die Schäden, die etwa durch einen ungenügenden Ausbau des Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitswesens entstehen, nicht sofort in sichtbarer Form zeigen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt aufzutreten pflegen. Dann lassen sie sich aber erfahrungsgemäss nur mehr sehr schwer beheben. Es ergibt sich also eine zwingende Erhöhung des Anteils des Staates am Bruttosozialprodukt. Wobei ein Anteil von gegenwärtig rund 22 Prozent nicht genügen wird, um alle die gewaltigen Zukunftsaufgaben zu lösen.» Das bringt uns auf die Finanzpolitik der Stadt Winterthur.

Finanzpolitik

Der Aufforderung von Prof. Kneschaurek, notwendige Infrastruktur-Investitionen nicht vor sich herzuschieben, können wir in Winterthur nachkommen, indem wir die dank einer bisher vorsichtigen Finanzpolitik sehr niedrige Neubautenschuld ansteigen lassen, nötigenfalls aber auch nicht vor einer Steuerfuss-Erhöhung zurückschrecken. Zwar haben wir in Winterthur einen höheren Steuerfuss, als in Zürich. Die effektiven Unterschiede der Steuerbelastung sind jedoch minim. Zudem hat es sich gezeigt, dass grosse Städte mit über 300 000 Einwohnern unwirtschaftlicher sind als kleinere Städte.

Grosse Städte sind unwirtschaftlich

Selbstverständlich ist die Steuerkraft des durchschnittlichen Zürchers grösser als diejenige des durchschnittlichen Winterthurers. Man darf aber nicht vergessen, dass von einer bestimmten Grösse an eine Stadt unwirtschaftlicher wird. Vor wenigen Tagen hat Dr. Angelo Rossi in einem Kolloquium der ETH für Orts-, Regional- und Landesplanung das Optimum der Stadtgrösse mit 250 000 bis 350 000 Einwohnern angegeben. Wächst eine Stadt über diese Grösse hinaus, wie dies für Zürich bereits der Fall ist, dann nehmen die Kosten des Gemeinwesens stärker zu als der gemeinwirtschaftliche Ertrag. Das Optimum der Kosten eines Arbeitsplatzes ist für Zürich bereits überschritten. Auch wenn die Stadt Winterthur in den kommenden Jahren wesentlich weiter anwachsen wird, so bedeutet dies eine Senkung der durchschnittlichen Gemeinkosten pro Einwohner, während in der Stadt Zürich jedes weitere Anwachsen eine Erhöhung der Gemeinkosten pro Einwohner bedeutet. Auf lange Sicht wird also die Stadt Zürich ihre Steuern stärker erhöhen müssen als die Stadt Winterthur. Man kann sogar behaupten, dass es heute schon sowohl für einen Arbeitnehmer wie auch für eine Unternehmung attraktiver ist, sich in Winterthur niederzulassen, als in Zürich. Wir wollen also das gegenwärtige Steuerfussgefälle nicht überschätzen.

Vom Verwalten zum Vorausplanen

Für die Gemeindepolitik in Winterthur wird es in den kommenden Jahren wesentlich sein, immer mehr vom blossen Verwalten zum weitsichtigen Planen überzugehen. Unter «blossem Verwalten» verstehe ich eine Politik, bei der man die Probleme an sich herankommen lässt, sie eine Weile vor sich herschiebt, um sie dann schliesslich mit vielen Wenn und Aber schlecht und recht zu lösen. Unter weitsichtiger Planung verstehe ich eine bewegliche Planung, mit der wir die Entwicklung in geordnete Bahnen lenken und verhindern, dass sich Teilentwicklungen in Sackgassen verlaufen. Ueber diese Planung ist vermehrt in der Oeffentlichkeit zu berichten. Mit der Vorlage von Varianten – bei Kommentierung ihrer Vorteile und Nachteile und der Abschätzung der Risiken – wird auch dem Gemeindeparlament und dem Volke Gelegenheit gegeben, ein Mitspracherecht auszuüben und politische Weichen zu stellen. Das gilt nicht nur für Bauten und die Verkehrsplanung, sondern auch für die Tarifpolitik der Werke.

Gemeinde-Autonomie: Neue Formen suchen

Bei der Realisierung unserer Zukunftsplanung stossen wir aber jeweils rasch auch auf überholte Rechtsnormen und auf veraltete

Rechtsauffassungen. «Man hat es immer schon so gemacht», also war es auch richtig. «Nur nichts Neues.» Ich bin durchaus der Meinung, dass die Gemeinde eine taugliche unterste Einheit im staatlichen Aufbau ist. Was die Gemeinden selbständig erledigen können, sollen sie ohne Einmischung von Kanton und Bund selbständig erledigen. Aber die Gemeindeautonomie darf auch nicht zu einer heiligen Kuh gemacht werden. Wirtschaftsräume und Planungsräume sind längst über die traditionellen Gemeindegrenzen hinausgewachsen, und die Regionen decken sich immer schlechter mit den politischen Bezirken.

Während wir uns heute noch leidlich mit Zweckverbänden behelfen können oder Aufgaben an den Kanton abtreten, wenn mehrere Gemeinden betroffen sind, fehlt bei diesen Zweckverbänden die politische Kontrolle. Den Fachleuten und Vertretern der Gemeinde-Exekutiven in den Verwaltungsräten der Zweckverbände steht kein kontrollierendes, zum Volke gewähltes Parlament gegenüber, das auch die nötigen Informationen an die Oeffentlichkeit vermittelt. Da in der Region Winterthur in den kommenden zwanzig Jahren kaum mit neuen Eingemeindungen zu rechnen ist, werden neue Formen der regionalen Organisation gesucht und gefunden werden müssen, unter Einschluss der Wahl von Regionalräten durch das Volk. Weil aber die Initiative für solche neuen Gebilde von den Exekutiven ausgehen muss, die sich ohne parlamentarische Kontrolle recht wohl fühlen, werden solche Vorschläge auf sich warten lassen. Den Expertokraten und Magistratokraten in den Verwaltungsräten der Zweckverbände möchte ich zurufen: «Alle Macht den Räten».

Heilige Kuh: Eigentum an Boden

Eine weitere heilige Kuh unserer Zeit ist ein überholtes Eigentumsrecht an Grund und Boden. Ich halte es hier mit dem Gesetz von Moses, 3. Buch, Paragraph 25: «Grund und Boden darf nicht für immer verkauft werden, denn das Land ist mein». Auch bei den alten Eidgenossen war das Land Allmend, das heisst Gemeinschaftseigentum, das keiner zum Schaden anderer übernutzen durfte. Mit der Einzonung unseres Gemeindegebietes und dem Erlass von Ausnützungsziffern haben wir der Bibel nachgelebt und es den alten Eidgenossen gleichgetan. Wir werden aber nicht darum herumkommen, das freie Verfügungsrecht der Privaten über das Bodeneigentum weiter einzuschränken, wenn wir eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt gewährleisten wollen. Und vermutlich wird es in Zukunft hie und da vorkommen, dass unser Güteramtmann gleich einem Moses vom Berge herabdonnern muss: «Dieses Land darf nicht weiter verkauft werden, denn es ist mein».

Umweltschutz: Verursacherprinzip anwenden

Bei den Umweltschutz-Fragen schliesslich – und ich meine mit Umweltschutz nicht nur den Fassaden- und Landschaftsschutz – muss über kurz oder lang mit dem Grundsatz Schluss gemacht werden, wonach der Private frisch draufloswirtschaften kann, während Gemeinde und Staat dann auf Kosten der Steuerzahler mit gewaltigen Investitionen die Umweltzerstörung aufzuhalten haben, indem die öffentliche Hand den Müll wegräumt, den andere am Wegrand der Wettbewerbswirtschaft liegengelassen haben. Das Verursacherprinzip muss sich noch stärker als bisher durchsetzen.

Beweglichere Gemeindeordnung

In einem letzten Abschnitt seien noch einige Bemerkungen zur Gemeindeordnung gemacht, die jetzt einer Totalrevision unterzogen wird. Leider setzen uns die kantonalen Rahmenbestimmungen vielfach einen so engen Rahmen, dass von der neuen Gemeindeordnung keine grundsätzlichen Neuheiten zu erwarten sind. Die Kommission hat sich aber wenigstens Mühe gegeben, die Anpassungsfähigkeit der Gemeindeordnung an neue Bedürfnisse zu vergrössern. So wurde im Entwurf eine grundsätzliche interne Neuorganisation unserer Stadtverwaltung nicht verbaut. Auch durch die Zuteilung von Finanzkompetenzen an den Stadtrat über das Budget hinaus und durch die Erhöhung der Finanzkompetenzen des Grossen Gemeinderates soll die administrative und parlamentarische Arbeit beweglicher gemacht werden.

Der Bürger will mitreden, dazu muss er informiert sein

Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht einfach die Mitwirkung der Stimmbürger und ihres Parlamentes mehr und mehr ausschalten mit der Begründung, die Dinge seien heute so kompliziert geworden, dass nur noch die Experten ein massgebliches Wort mitreden könnten. Wir dürfen nicht die Demokratie durch die Expertokratie ersetzen. Der Bürger will mitreden. Und er kann mitbestimmen, wenn man ihn mit den notwendigen Informationen versorgt. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren vermehrt Informationen veröffentlicht und einen Informationschef eingestellt. Diese Informationstätigkeit kann noch ausgebaut werden, und zwar soll namentlich bei Planungen auch dann schon informiert werden, wenn noch Weichen gestellt werden können und nicht schon alles pfannenfertig auf dem Tische dieses Hauses liegt und nicht mehr abgeändert werden kann.

Aber auch an die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen muss ein Appell gerichtet werden. Auch für sie gilt der Grundsatz, dass man nur dann glaubhaft mitbestimmen kann, wenn man informiert ist und über die persönliche Nasenspitze hinaus auch die Zusammenhänge kennt. Demokratische Entscheide sind nicht einfach die Summe aller Sonderinteressen. Vielmehr müssen diese Sonderinteressen mit einer Begeisterung für die gemeinsamen Ziele gepaart sein. Es ist löblich, gegen faule Kompromisse aufzutreten. Aber ohne gute Kompromisse kommen wir in der Demokratie nicht aus und vergewaltigen wir die Minderheiten. Es gehört zur Zivilcourage, dass man sich mit seinen Sonderinteressen und Sonderwünschen zuerst der Diskussion in einer politischen Partei stellt, bevor man mit Forderungen an die Oeffentlichkeit tritt. Es ist in letzter Zeit Mode geworden, von der Politik als von einem schmutzigen Geschäft zu reden, von dem man sich besser fernhalte, weil ja ausserdem «die da oben» doch machen, was sie wollen. Die Politik ist aber nicht deshalb manchmal ein schmutziges Geschäft, weil es politische Parteien mit Grundsatzprogrammen gibt, die jedermann kennt oder kennenlernen kann, sie ist schmutzig geworden, weil es mehr und mehr Sonder-Interessengruppen und Spezialgrüppchen gibt, die sich nur für die Durchsetzung von einzelnen Begehren zusammenfinden und dann wieder auseinanderfallen, ohne Grundsatzprogramm, und nach aussen oft kläglich anonym.
So wünsche ich der Stadt Winterthur für die nächsten 50 Jahre Männer und Frauen mit Zivilcourage und mit dem Vorsatz, nicht vor Kleinarbeit in der Gemeindepolitik zurückzuschrecken. Denn das allerdings wäre eine jämmerliche Arbeitsteilung: Dass die einen kritisieren, die andern resignieren und die dritten die Kleinarbeit besorgen. Wenn niemand mehr da wäre, der sich um das Schicksal der Gemeinde kümmert, wäre es um unsere Zukunft schlecht bestellt. Staatserhaltend politisieren heisst heute mitanpacken, um diesen Staat zu verändern.